



Anlage 1

## Fraktion im Beirat Walle

---

Formaljuristisch unzulässige Beiratssitzung am 13. Okt. 2016

### Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Die für den 13. Okt. 2016 angedachte Beiratssitzung soll als öffentliche Informationsveranstaltung ohne Beschlussfassung stattfinden.

### Begründung:

Laut § 14 (1) Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter finden die Sitzungen des Beirates öffentlich statt. Falls zwingende Gründe vorliegen, kann der Beirat abweichend entscheiden. Da es keinen entsprechenden Beschluss des Beirates gibt, ist die Sitzung automatisch öffentlich.

Weil zu der öffentlichen Sitzung -gemäß §1 (4) Geschäftsordnung- nicht ordnungsgemäß die Öffentlichkeit informiert wurde, kann die „Informationsveranstaltung“ keine Beiratssitzung im juristischen Sinne sein.

Laut § 1 (2) finden **immer** Koordinierungssitzungen statt. Zu der anberaumten Sitzung gab es keine Sitzung. Zumindest wurde die AfD nicht dazu eingeladen. Auch das Fehlen der Koordinierungssitzung macht diese Beiratssitzung, egal ob öffentlich oder nicht öffentlich, unmöglich.

Um es den geladenen Gästen (Polizei / Senator für Inneres) zu ermöglichen, deren sicher interessante Vorträge über die Rocker zu halten, sollte der Termin auf alle Fälle stattfinden, aber nicht im Rahmen einer Beiratssitzung.

Die gewonnenen Erkenntnisse können später im Rahmen einer „richtigen“ Beiratssitzung diskutiert werden.

Ich bin der Meinung, dass die Öffentlichkeit ein Recht hat, zu erfahren, ob bzw. wie gefährlich die Rocker wirklich sind.

Auch die Betroffenen sollten zu Wort kommen dürfen. Vor allem die Pächterin der „Parzelle eins“ sollte das Wort haben, wenn über ihren Bürgerantrag gesprochen wird.

Da die Beiratssitzungen grundsätzlich öffentlich sind, wäre es dem Demokratieverständnis abträglich, wenn die Öffentlichkeit bei dem Rockerthema völlig ausgeschlossen wird. Ein Ausschluss der Öffentlichkeit muss die absolute Ausnahme sein, und nachvollziehbar begründet werden.

G. Höns

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / [www.afd-walle.de](http://www.afd-walle.de) )

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen  
von SPD / Die Grünen und Die Linke  
zum Bürgerantrag der Pächterin der Parzelle Eins vom 15.09.2016**

**Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:**

Der Bürgerantrag der Pächterin der Parzelle Eins vom 15.09.2016 ist **abzulehnen** weil

1. der Stadtteilbeirat Walle nicht dafür zuständig ist, öffentliche Äußerungen zu bewerten und im Übrigen Presse- und Meinungsfreiheit durch das Grundgesetz garantiert sind und
2. der Stadtteilbeirat Walle es begrüßt, dass Behörden der Stadtgemeinde Bremen, einschließlich der Polizei Bremen, im Rahmen der geltenden Gesetzeslage die Einrichtung kontrollieren.

Bremen, den 13. Oktober 2016

Anlage 3

[REDACTED], Pächterin der Parzelle West Eins

Bremen, den 15.09.2016

Bürgerantrag : Parzelle West Eins, Beendigung der öffentlichen  
Misskreditierung und Einstellung der Maßnahmen

Antragstellerin : [REDACTED]

Pächterin: Waller Straße 30, 28219 Bremen

Der Beirat möge beschließen, dass die anhaltende öffentliche Diffamierung und Misskreditierung meiner gepachteten Liegenschaft, auch durch Teile des Beirats, eingestellt werden da diese Fehl und Falschdarstellungen basieren.

Ebenso möge der Beirat beschließen, dass die anhaltenden und unbegründeten Maßnahmen durch Behörde und Polizei eingestellt werden.

#### Zur Begründung :

Ich, [REDACTED] habe die Liegenschaft Waller Straße 30 zum 1.6.2016 gepachtet.

Bei dieser Liegenschaft handelt es sich um die ehm. Gaststätte „zum Bastian“ und später dann „Gerrys Imbiss“.

Diese Liegenschaft mit ihren Räumlichkeiten soll zukünftig als frei zu mietender Treffpunkt und Partyraum dienen.

Auf Grund der günstigen Lage möchte ich den Menschen mit begrenzten Versammlungsmöglichkeiten in diesem Stadtteil, und auch drüber hinaus, die Chance bieten Feiern oder Versammlungen abhalten zu können.

Das von mir angestrebte Konzept gerät jedoch durch politische Willkür und Fehleinschätzung, zu der auch Teile des Beirates beigetragen haben, zunehmend in Schräglage aus der für mich erheblicher wirtschaftlicher Schaden entsteht.

Obwohl sich die Einrichtung noch im Aufbau befindet werden sowohl ich als auch meine Freunde und Helfer durch behördliche Maßnahmen durch Polizei und Bauordnung von der Realisierung abgehalten oder sogar Unannehmlichkeiten bereitet, dass es sich nicht um eine bloße Vermutung oder Fehleinschätzung meiner Seite handelt widerlegt die Aufzeichnung der 17. Bürgerschaftssitzung vom 23.8.16 durch Fragen der Fraktion „die linke“ welche durch Staatsrat Ehmke beantwortet wurden.

Zu hören ist dieses unter <https://vimeo.com/buergerschaft19s17> Minute 58:44.

Hier ist die Rede von einem Clubhaus der Hells Angels MC WESTSIDE sowie von rechten Gesinnungen welche einzelnen dort anwesenden unterstellt werden.

Diese von mir angestrebte Einrichtung basiert auf unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung welche mir und den Bürgern im Artikel 8 des Grundgesetzes zur Versammlungsfreiheit zugesichert wird.

So lautet der Text: „ Alle Deutschen haben das Recht sich ohne Anmeldung zu versammeln“

Diese Möglichkeit möchte ich den Menschen in diesem Stadtteil und drüber hinaus bieten, egal welcher politischen Ausrichtung, Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religion oder Gesellschaftsform.

Zur Klarstellung und Präsensts der Hells Angels MC WESTSIDE :

Ja ich habe Kontakt zu den Mitgliedern und dem Club; und das ist auch gut so. Warum möchte ich ihnen gerne erklären..

Die Mitglieder und Unterstützer dieses Clubs stehen mir mit Rat und Tat zur Seite.

Ohne sie hätte ich die bisherige Renovierung nicht leisten können und bin für deren unentgeltliche Hilfe und Leihgabe von Möbel und Einrichtung dankbar.

Umso enttäuschter bin ich von der Politik wie hier mit meinen Helfern und Unterstützern umgegangen wird.

Ein umfangreicher und massiver Polizeieinsatz vor 14 Tagen, mit mehr als 30 Einsatzkräften und Spezialkräften zur leidlichen Personenfeststellung anwesender Mitglieder dieses Clubs, wirft kein gutes Licht auf die Stadt, Politik und meine Räumlichkeiten. Angebliche Waffen oder andere rechtswidrigen Handlungen konnten nicht festgestellt werden und riss lediglich ein weiteres Loch in die Haushaltskasse der Stadt.

Dieser Vorfall zeigt mit welcher Form gegen meine Einrichtung und Helfer vorgegangen wird ohne jegliche Grundlage.

Dieser Beirat hat sich für Toleranz und Vielfalt ausgesprochen, warum tolerieren sie nicht auch mich und mein Umfeld? Warum tolerieren sie Publikationen in denen Ängste schüren und in denen sogar die Rede von der Gefährdung des Kindeswohls im Umfeld der Parzelle Eins ist?

 Bremen den 15.9.2016